

De facto

CHRISTIAN BAHA

Gastkommentar des
Superfund-Gründers**Nichts in Butter**

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht ... So oder so ähnlich lässt sich das Verhalten der Europäischen Zentralbank (EZB) auf den Punkt bringen: Jahrelang wurden hohe Inflationsprognosen von Experten klein geredet – um am Ende doch wieder nach oben revidiert werden zu müssen.

Heute stehen wir in Deutschland bei einer Teuerungsrate von 7,3 Prozent. Heute erleben wir in Österreich einen Preisanstieg von 6,8 Prozent. Heute staunen viele über diese Höchststände, die es zuletzt 1981 gegeben hatte, mit dem kleinen, aber feinen Unterschied, dass die Zinsen damals bei rund 8 Prozent lagen. Nicht bei 0, was einer Enteignung der Sparer gleichkommt.

Die Inflation wird durch eine ultralockere Geldpolitik befeuert: Eine EU, die sich ernst nimmt, hätte auf das Einhalten der Schuldenobergrenze von 60 Prozent des BIP pochen müssen. Und eine EZB, die ernst genommen werden will, wäre bei einer Teuerung von über 2 Prozent verpflichtet gewesen, die Anleihenkäufe zur Stützung der finanzmaroden Staaten einzustellen und die Zinsen anzuheben. So lauteten die Regeln. Eigentlich. De facto ist zwar das Corona-bedingte Anleihenkaufprogramm (PEPP) mit März ausgelaufen, doch das ältere (APP) kann weiter abgerufen werden. Ohne Limit. Wenn es nicht rasch zur Kurskorrektur kommt, steuern wir auf den Super-GAU des Finanzsystems zu. Es ist nie weit zur Hyperinflation, das lehrt schon die Geschichte: 1922 musste für Butter in Österreich das 27.500-Fache von 1914 bezahlt werden.

Politisch ein Nullum

Nehammer ist so ungefähr die Nr. 50, die nach Kiew reist. Offensichtlich fühlte er sich im Zugzwang, nachdem die Zelenskij-Rede im Parlament nicht zugelassen wurde, obwohl die Zustimmung gar nicht einstimmig hätte sein müssen.

Die Reise bewirkt nichts, schadet aber auch nicht. Politisch ein Nullum, Nehammer, der wohl im Tross mit anderen Politikern einreist, wird es sein Selbstbewusstsein aber abheben lassen.

Wien hat damit allerdings seine Position als neutraler Verhandlungsort für Friedensgespräche endgültig verspielt.

Name und Anschrift
der Redaktion bekannt**Das freie Wort**

BRIEFE AN DEN HERAUSGEBER

Die Leserbriefे der „Krone“ finden Sie
online unter www.krone.at/dasfreiewort**Gefährliche Reise**

Warum gefährdet der österreichische Bundeskanzler mit seiner Ukraine-Reise unsere gerade in diesen Zeiten so wichtige immerwährende Neutralität? Er hat weder den Auftrag des Volkes noch eine gesetzliche Legitimation.

Er soll doch nur einen Blick auf unseren schweizerischen

Nachbarn richten. Da kann er sich anschauen, wie es geht. Oder will er mit seinem Neutralitätsgefährdenden, für uns höchst gefährlichen Trip nur von dem Autounfall in seinem persönlichen Umfeld ablenken? Gerhart Ratay, Schwanenstadt

Nicht plausibel nachvollziehbar

Ich muss bei Gott nicht alles verstehen, aber das schon gar nicht. Einerseits benötigt Bundeskanzler Nehammer augenscheinlich aus Angst vor Angriffen gegen seine Person in Österreich auf Steuerkosten Personenschutz durch die Polizei, andererseits begibt er sich, ebenfalls auf Steuerkosten, offensichtlich ohne Rücksicht auf Verluste aus nicht plausibel nachvollziehbaren Gründen in das Kriegsgebiet Ukraine. Einfach bewundernswert.

Reg.-Rat Rudolf Huber, Amstetten

Ist Österreich neutral?

Oder will unser Kanzler, der sowieso nichts zu sagen hat, Putin das Gasabdrehen leichter machen? Auf Kosten der Österreicher? Was soll das? So hilft er weder der Ukraine noch sonst irgendjemandem. Nur sich wichtig zu machen und von seiner Unzulänglichkeit abzulenken ist etwas wenig. Hubert Petermann, Edelstal

Was soll das bewirken?

Möchte wissen, was diese Reise in die Ukraine bewirken soll? Will unser EU-höriger Bundeskanzler den von den Amis gekauften Zelenskij bemitleiden, wo doch dieser auf Waffenlieferungen aus dem Westen pocht, damit noch mehr Menschenleben opfert und dann noch mehr Mitleid fordert, anstatt sich einmal mit Friedensgesprächen zu beschäftigen oder zu bemühen! Er verlässt sich auf den Westen und die NATO, ohne zu ahnen, was er damit anrichten kann!

Johann Grossauer, Lostenstein

Unnötig

Ob dieser Besuch in der Ukraine wirklich sinnvoll ist/war, ist mehr als fraglich. Man kann auch diesem Land per Video seine medizinische Unterstützung zusichern.



Foto: Reinhard Hohl

„Krone“-Leserin Ursula Hamersky spricht sich in ihrem Leserbrief für ein Kennzeichen für Fahrräder aus, damit eine verkehrsrechtliche Verfolgung bei Fahrerflucht gewährleistet ist.

Radfahrer-Gipfel

Anlässlich des stattgefundenen Radfahrer-Gipfels möchte ich einige Gedanken dazu äußern:

Es müsste auf jeden Fall mithilfe einer „Führerscheinprüfung“ überprüft werden, ob der/die Einzelne überhaupt in der Lage ist, ein Fahrrad durch den Verkehr zu bewegen, und zwar sowohl körperlich als auch im Umgang mit Verkehrsregeln, Verkehrszeichen und StVO.

Im Hinblick auf eine soziale Verträglichkeit und Fairness müsste jede/r Radfahrer/in eine Haftpflichtversicherung abschließen.

Und ebenfalls im Zuge der Gleichstellung müssten Radfahrer auf jeden Fall ein Kennzeichen am Fahrrad haben, damit eine verkehrsrechtliche Verfolgung und Ahndung bei Fahrerflucht gewährleistet werden kann.

Ursula Hamersky, per E-Mail